

Gegenstand: Einbringung der Haushalte 2020 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung mit der Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin

In ihrer [Rede zum Haushaltsentwurf 2020](#) informiert Frau Oberbürgermeisterin Seiler zunächst darüber, dass der Haushalt 2020 trotz günstiger Wirtschaftsdaten einen höheren Fehlbedarf ausweist als in den vergangenen Jahren. Dabei hebt sie jedoch hervor, dass die Liquiditätskredite stark rückläufig sind und voraussichtlich 2020 erstmals die Investitionskredite wieder unterschreiten werden. Der Kommunalbericht 2019 des Landesrechnungshofes RLP beschäftigt sich mit dem Einnahmeverhalten der Kommunen durch Realsteuerhebesätze; hier liegt Speyer in allen Bereichen im Landesdurchschnitt. Die Tatsache, dass von den 10 am höchsten verschuldeten Städten in Deutschland 5 in Rheinland-Pfalz liegen, zeigt die Misere der Finanzausstattung; Speyer belegt in der Pro-Kopf-Verschuldung glücklicherweise nur einen Platz im unteren Mittelfeld. Die „schwarze Null“ darf aus ihrer Sicht allerdings nicht die alleinige Triebfeder für kommunales Handeln sein, die Verwaltung dafür nicht zu Lasten der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger kaputt gespart werden. Beispielhaft nennt sie den demografischen Wandel, die Digitalisierung und den Klimaschutz. Dafür muss die Verwaltung auch personell entsprechend ausgestattet sein.

Weiterhin führt sie folgende Eckpunkte des Haushaltsplanes für 2020 auf:

Der Gesamtergebnishaushalt weist bei Erträgen von rund 179,6 Mio. Euro und Aufwendungen von rund 192,1 Mio. Euro ein Defizit von rund 12,5 Mio. Euro aus.

Den größten Aufwand stellt auch in diesem Jahr mit 95,7 Mio. € oder 49,8 % der Teilhaushalt 04, Jugend, Familie, Senioren und Soziales, mit einem Zuschussbedarf in Höhe von 59,7 Mio. € dar, gefolgt von den Ausgaben für Personal und Versorgungsaufwendungen mit rund 61,3 Mio. €.

Die zweite Säule des doppischen Haushalts ist der Finanzhaushalt, der alle kassenwirksamen Ein- und Auszahlungen des Jahres 2020 ohne Berücksichtigung ihrer Periodenzugehörigkeit umfasst. Das Zahlenwerk kann über den interaktiven Haushalt der IKVS-Software auf www.speyer.de im Detail nachgelesen werden.

Der Finanzhaushalt weist aus, dass bei einer Darlehensaufnahme von ca. 9,6 Mio. € und einer Tilgung von 3,3 Mio. € im kommenden Jahr erneut eine Neuverschuldung von rund 6,3 Mio. € veranschlagt werden muss. Der Eigenanteil zum KI 3.0 ist darin berücksichtigt.

Als die wesentlichen Investitionsmaßnahmen im Jahr 2020 stehen folgende Punkte an:

→ Maßnahmen KI-Programme Kapitel 1 und 2 (inkl. Maßnahmen aus dem Ergebnishaushalt)	4.175.530 €
→ Neubau Feuerwache	2.000.000 €
→ Neubau Kita "Im Erlich" (weitere Baukosten)	1.300.000 €
→ Projekte Stadtumbau Kernstadt Nord	615.000 €
→ Investitionskostenanteil zum Bau der Rettungswache auf Grundlage des Rettungsdienstgesetzes	1.000.000 €
→ Projekte „Soziale Stadt Speyer Süd“	1.180.000 €

Die Haushalte der selbständigen Stiftungen weisen erfreulicherweise Überschüsse aus.

**Gegenstand: 20 Fahrradstraßen in Speyer bis 2020;
Anfrage der Bürgerinitiative Verkehrswende Speyer vom 03.11.2019
[Vorlage: 0166/2019](#)**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende begrüßt Mitglieder der Initiative, die im Besucherbereich anwesend sind. Bei der Bürgeranfrage handelt es sich aus ihrer Sicht um eine Statusinformation zur Realisierung von Fahrradstraßen.

Nach Rücksprache mit dem Fachbereich 5 gab es bisher keine konkrete Ankündigung einer weiteren Fahrradstraße. Es wurde seinerzeit mitgeteilt, dass voraussichtlich Anfang 2020 eine weitere Fahrradstraße ausgewiesen wird.

Straßenverkehrsbehörde und Tiefbau sind gerade an der Planung eines Markierungs- und Beschilderungsplanes für die Fahrradstraße „Mühlturmstraße“. Voraussichtlich kann hier noch in diesem Jahr eine verkehrsrechtliche Anordnung erfolgen, so dass Anfang kommenden Jahres die Markierungsarbeiten und Beschilderungsarbeiten erfolgen können, was allerdings auch wetterabhängig ist.

Nicht alle im Radverkehrskonzept aufgeführten möglichen Fahrradstraßen werden seitens der Stadt als realisierbar erachtet. Eine Fahrradstraße soll u.a. gebietsverbindenden Charakter aufweisen und den Radverkehr bündeln. Mit einer Erweiterung der (Mini-) Fahrradstraße „Vincentiusstraße“ bis zur Holzstraße, sowie die Ausweisung der Holzstraße und Mühlturmstraße (in 2020) als Fahrradstraße, wird die Innenstadt mit anderen „Stadtteilen“ verbunden. Hierdurch kann auch Dudenhofen für den Radverkehr angebunden werden.

Um aber den südlichen Abschnitt der Vincentiusstraße sowie die Holzstraße als Fahrradstraße ausweisen zu können, müssen erst Rahmenbedingungen im Hinblick auf den fließenden und ruhenden Verkehr geschaffen werden. Dazu wird sich auch der Verkehrsausschuss mit dem Thema befassen.

**Gegenstand: Bahnübergänge Schützen- und Mühlturnmstraße;
gemeinsame Anfrage der Stadtratsfraktionen CDU,
Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 04.11.2019
[Vorlage: 0157/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Wilke wünscht mündliche Einleitung und Beantwortung in der Sitzung. Das Thema wurde vor 2 Jahren im Bau- und Planungsausschuss behandelt und Forderungen an die Ertüchtigung der Bahnübergänge gestellt; seitdem habe sich aber nichts getan. Auch die Signalanlagen sollten von der Bahn erneuert werden, um die Schließzeiten zu verkürzen.

Die Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.): Wie war der weitere Gang der Dinge nach dem Beschluss des Bau- und Planungsausschuss am 21.11.2017?

Die Verwaltung hat die vom damaligen Bau- und Planungsausschuss beschlossene Ausbauvariante des Bahnüberganges „Mühlturnmstraße“ umgehend an die DB Netz AG bzw. an das beauftragte Planungsbüro zur Einarbeitung weitergeleitet. Ende November 2017 haben wir ein Schreiben vom beauftragten Planungsbüro erhalten, dass die Stadt über das weitere Vorgehen zur Ertüchtigung der Bahnübergänge informiert wird. Bis zum heutigen Tag haben wir keine derartigen Informationen erhalten.

Die DB Netz AG und das beauftragte Planungsbüro wurden angefragt.

zu Frage 2.): Welcher Art genau sind die Ertüchtigungsmaßnahmen an der Signaltechnik, die die Bahn plant? Haben sie Auswirkungen auf die Schließzeiten der Schranken?

In den der Verwaltung vorliegenden Unterlagen zur Vorplanung der Bahnübergänge wurde darüber informiert, dass die veraltete, abgängige Technik an die neuen Erfordernisse angepasst wird. Genauere Informationen zur geplanten Signaltechnik sowie zu Auswirkungen auf die Schließzeiten sind in den Unterlagen zur Vorplanung nicht enthalten.

Die DB Netz AG und das beauftragte Planungsbüro wurden angefragt.

zu Frage 3.): Gäbe es sonst einen Ansatzpunkt im Rahmen der Umbaumaßnahme etwas zur Verkürzung der Schließzeiten zu bewirken?

Die DB Netz AG und das beauftragte Planungsbüro wurden angefragt.

zu Frage 4.): Welche Gespräche finden in diesem Zusammenhang mit der DB Netz AG statt?

Nach Telefonaten Ende November 2017 haben keine weiteren Gespräche mehr stattgefunden.

In der Zusatzfrage möchte Herr Dr. Wilke wissen, ob die Nachfragen bei der Deutschen Bahn erst auf Basis der vorliegenden Ratsanfrage erneut gestellt wurden. Dies wird verwaltungsseitig bestätigt.

Gegenstand: Erweiterung der Ausstellungsfläche des Purrmann-Hauses
[Vorlage: 0139/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Einleitend gibt Herr Dr. Nowack einen Überblick über die erfolgreiche Arbeit des Purrmann-Hauses in den letzten 29 Jahren. Für viele sicher unbekannt, gibt es im Haus eine kleine Wohnung, deren Mieter jetzt gekündigt hat. Hier ergäbe sich eine kleine Erweiterungsfläche, auf der man zum 30. Jubiläum hervorragend das Ausstellungsangebot wie dargelegt vergrößern könnte. Er verweist auf eine einstimmige Empfehlung aus dem Kulturausschuss.

Das Purrmann-Haus liegt aus Sicht von Herrn Ableiter etwas versteckt, leistet aber hervorragende Kulturarbeit, weshalb die BGS ja sagt.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke handelt es sich um eine sehr gute Idee und ein Konzept zur besseren Würdigung von Mathilde Vollmöller-Purrmann, das man schnell umsetzen sollte.

Frau Selg spricht von einem Schmuckkästchen, vermisst aber ein ausführliches Konzept in der Vorlage. Sie möchte wissen, was 2020 geplant ist. Wichtig wären auch Programme für Jugendliche außerhalb der schulischen Aktivitäten.

Herr Dr. Nowack verweist auf die umfangreiche Vorlage und unterstreicht die aktuelle Bedeutung der klassischen Moderne, z.B. die Matisse-Ausstellung in Mannheim oder die van Gogh-Schau in Frankfurt. Die Kuratorin des Purrmann-Hauses, Frau Leitmeier, sei im Saal anwesend. Die Vorsitzende stellt fest, dass das Thema auch von Interesse für den Fachausschuss und über 2020 hinausgehend sei. Deshalb sollte das Programm nochmals in den Kulturausschuss aufgenommen werden.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: WG Schneider) die Erweiterung der Ausstellungsfläche des Hans Purrmann-Hauses mittels Umbau der dazugehörigen Einliegerwohnung.

Gegenstand: Neuberufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern der Sozialgerichtsbarkeit Rheinland-Pfalz; Vorschläge der Stadt Speyer
Vorschlagsliste für die Amtsperiode 2020 – 2025
[Vorlage: 0154/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass vier Vorschläge aus dem Fraktionen vorliegen, beim Landessozialgericht aber nur 2 Benennungen möglich sind. Sofern keine Vorschläge zurückgezogen werden, muss ein Wahlverfahren nach § 40 GemO erfolgen. Da alle Vorschläge aufrechterhalten werden, wird gewählt. Die Vorsitzende bittet um Abstimmung, ob in geheimer Wahl oder in öffentlichem Wahlverfahren per Akklamation abgestimmt werden soll.

Die CDU spricht sich laut Herrn Dr. Wilke für eine öffentliche Abstimmung aus und erkundigt sich nach dem Ablauf. Laut Vorsitzender sind 4 Abstimmungsläufe für jeden Bewerber vorgesehen.

Die SPD beantragt durch Herrn Feiniler geheime Abstimmung. Dieser Antrag erhält allerdings nur 10 Stimmen (SPD-Fraktion) und wird von der Mehrheit mit 31 Stimmen abgelehnt. Die Wahl findet durch öffentliche Abstimmung statt.

Herr Oehlmann bittet um eine Vorstellung der Kandidaten. Jede Fraktion erläutert die Qualifikation ihres Bewerbers mündlich.

In der folgenden Abstimmung ergibt sich folgendes Ergebnis:

Wahlvorschlag Mussotter:	22 Stimmen
Wahlvorschlag Köppen:	15 Stimmen
Wahlvorschlag Klabunde:	24 Stimmen
Wahlvorschlag Brommer:	17 Stimmen

Damit sind Herr Klabunde und Herr Mussotter als Vorschlag der Stadt Speyer gewählt.

Gegenstand: Handlungsprogramm Nachhaltiges Speyer
[Vorlage: 0116/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die sehr umfangreiche Vorlage und die Empfehlung des Ausschusses für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit.

Aus Sicht von Herrn Zehfuß stellt Nachhaltigkeit nicht mehr nur eine leere Worthülse dar. Er unterstreicht die enorme Beteiligung aus der Bürgerschaft. Die CDU-Fraktion habe aber einige Anmerkungen zur Vorlage:

Die „essbare Stadt“ findet keine Erwähnung, obwohl vom Rat auf Antrag der CDU einstimmig beschlossen. Etliche Umsetzungsmaßnahmen hätten zwischenzeitlich stattgefunden, weshalb um Ergänzung gebeten werde.

Auch die „Eh da-Flächen“ sind nicht der aktuellen Vorlage berücksichtigt, obwohl im Ausschuss anderes zugesagt wurde.

Zudem sollte zum Handlungsfeld 1 ein Spülmobil angeschafft und/oder mit regionalen Anbietern kooperiert werden. Diese Überlegungen sollten im Programm Niederschlag finden. Die Vorsitzende verweist darauf, dass sich das Spülmobil bereits im Haushaltsplan 2020 findet. Das Thema Essbare Stadt wird ebenso aufgenommen, wie die sog. „Eh da-Flächen“, die sich aber im Themenfeld 2 erwähnt finden.

Frau Jawhari erinnert für die Grünen an die spürbaren Auswirkungen der Klimaveränderungen angesichts der Waldbrände in Australien und Kalifornien oder des extremen Hochwassers in Venedig. Sie fragt sich, ob das Programm in Bezug auf den Klimanotstand ausreichend ist. Die Minderung des CO₂-Fußabdrucks muss ins Zentrum der Überlegungen rücken und im Themenfeld 3 verankert werden. Die Vorsitzende sichert zu, auch diesen Punkt aufzunehmen, verweist aber, wie auch bei den Ausführungen von Herrn Zehfuß darauf, dass die Schwerpunkte von den Arbeitsgruppen festgelegt wurden.

Frau Selg wiederum spricht sich dafür aus, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Das Konzept enthält einen Ideenpool, aber ohne Zeitschiene, z.B. auch das Verbot der Plastiktüten auf Wochenmärkten. Daher ist aus Sicht der SWG ein Zeitplan zu hinterlegen, um die Leute nicht durch ad hoc-Maßnahmen zu überrumpeln.

Herr Ableiter stellt fest, es seien viele gute Dinge aufgeschrieben. Er begrüßt, dass die bekannten Bürgerinnen und Bürger auch engagiert sind. Allerdings fehlen ihm die großen Schritte der Stadt, z.B. ein groß angelegtes Programm für Solaranlagen auf städtischen Gebäuden – auch in der Kernstadt, oder die Aufhebung des Verbotes von Windkraftanlagen im Norden des Stadtgebietes. Auch kleine Maßnahmen, wie auf dem Wochenmarkt, führen zu Veränderungen.

Herr Czerny vermisst namens der neuen Rats-Kooperation z.B. die Aufnahme des Fahrradkonzepts oder der Fußgängerproblematik. Die Vorsitzende wiederholt, die Schwerpunkte wurden im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung so festgelegt, wie sie im Konzept vorliegen.

Für Herrn Popescu geht es hier um konkrete Schritte; das allgemeine Verkehrs- und Fahrradkonzept sollte man separat behandeln. Den Worten müssen Taten folgen. Die Linke begrüßt die Taschen- gegen Tüten-Tauschaktion, auch wenn es nur kleine Rädchen sind.

Frau Dr. Montero Muth thematisiert die Frischküchen für Kinder und vermisst eine Übersicht, welche Einrichtungen mit Frischküchen ausgestattet werden. Aus ihrer Sicht sollten alle

neuen Einrichtungen mit Frischküche geplant werden. Frau Kabs erläutert, die KiTa Russenweiher erhält eine Küche, sobald sie realisiert wird; ebenso die KiTa Regenbogen. Auch bei der Erweiterung von 2 Schulen stehen Frischküchen in der Planung.

Für Frau Heller enthält das Programm keine Grundsatzentscheidungen, sondern eher Maßnahmen on top. Es fehlen z.B. die Baumaßnahmen zum gemeinsamen Wohnen. In 2 Stunden Bürgerbeteiligung kann man keine grundsätzliche Transformation der Gesellschaft auf den Weg bringen. Wichtig ist auch die Frage, ob es sich um ein offenes oder geschlossenes Programm handelt.

Die Vorsitzende kündigt für Anfang des kommenden Jahres eine Bündelung der Maßnahmen in einer großen Leitlinie an, die bei einem Workshop unter dem Eindruck des beschlossenen Klimanotstandes entwickelt werden soll; daher ist das Programm auch offen für weitere Felder, z.B. nachhaltige Mobilität.

Herr Dr. Wilke sieht praktisch kein Themenfeld der Stadtpolitik, das nicht von Nachhaltigkeit betroffen wäre. Er ist nicht ganz zufrieden damit, dass in der Fair Trade Stadt Speyer gerade 2 Schulen als Fair Trade Schulen zertifiziert sind, weshalb er anregt, das Thema in mehr Schulen zu bringen.

Die Vorsitzende fasst als Ergebnis der Beratung zusammen, dass im vorgelegten Handlungsprogramm noch folgende Punkte aufgenommen werden:

- Essbare Stadt
- Eh-da-Flächen
- CO₂-Fußabdruck
- Fair Trade Schulen

Gleichzeitig lädt sie alle Ratsmitglieder zur weiteren Beteiligung im Prozess ein.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit beschließt der Stadtrat das vorgelegte erste „Handlungsprogramm Nachhaltiges Speyer“, unter Ergänzung der sich aus der Beratung ergebenden Punkte (einstimmig, bei 4 Enthaltungen; AfD-Fraktion, WG Schneider).

Mit der Verabschiedung bekennt sich die Politik zu den Zielsetzungen und Maßnahmen, die gemeinsam mit den lokalen Akteuren entwickelt wurden. Die im Dialogprozess erarbeiteten Leitziele und Leitprojekte stellen die Schwerpunkte für die lokale Umsetzung der Agenda 2030 in den nächsten fünf Jahren dar.

Gegenstand: Satzung zur Änderung der Wochenmarktsatzung vom 22.02.2019
Vorlage: 0155/2019

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende sieht in der Vorlage einen weiteren Schritt in Richtung Abfallvermeidung. Die Stadt möchte mit gutem Vorbild vorangehen. Es gab bereits 2 Tütentauschaktionen mit Kundinnen und Kunden, sowie mit den Beschickern. Außerdem wurde der Schritt bereits bei der letzten Beschickerversammlung angekündigt. Verbesserungen lassen sich auch in kleinen Schritten voranbringen.

Frau Hofmann freut sich für die FDP über den Antrag. Dieser sei ein konkreter Schritt in Sachen Klimaschutz, obwohl die Fraktion gegen die Ausrufung des „Klimanotstandes“ gestimmt hatte.

Die SPD signalisiert durch Herrn Brandenburger Unterstützung für den Vorschlag als kleine Maßnahme, die eine kleine Veränderung im Einkaufsverhalten notwendig macht. Nämlich auf den Verzicht auf die kleinen sog. „Hemdchentüten“, wie die Vorsitzende ergänzt.

Frau Selg fragt nach, wann die letzte Beschickerversammlung stattfand. Dies war laut Vorsitzender 2018. Die Kooperation werde der Vorlage zustimmen, findet aber die Form schlecht. Frau Selg berichtet über große Enttäuschung, die bei den Marktbeschickern zu beobachten sei, dass sie nicht vorher mitgenommen wurden. Die Verwaltung sollte dies schleunigst nachholen.

Die Vorsitzende erwidert, im Laufe des Jahres seien zahlreiche Gespräche geführt worden. Dort habe sie auch andere Rückmeldungen dazu erhalten; selbst bei Betreibern mit hygienisch kritischen Handelsgütern. Der Verzicht auf Gewohntes führt zu einer Änderung des individuellen Einkaufsverhaltens.

Herr Popescu bestätigt, Information der Linken sei es gewesen, dass mit den Beschickern gesprochen wurde. Er selbst sitze in der Stofftaschen-Jury. Tatsächlich sind junge Menschen in dieser Hinsicht oftmals viel aktiver. Er erinnert außerdem an persönliche Erfahrungen auf dem Münchner Viktualienmarkt.

Herr Haupt stellt fest, das Rad sei schon erfunden worden: schon die Großeltern sind mit dem Einkaufskorb einkaufen gegangen. Die AfD bittet um Abkürzung der Debatte und Abstimmung.

Herr Ableiter macht ebenfalls Ausführungen zum Einkaufsverhalten früher und heute sowie zur Notwendigkeit der Umstellung des eigenen Verhaltens.

Herr Feiniler hebt die Unterschiede bei den einzelnen Marktbeschickern hervor. Manche kommen schon jahrelang ohne Plastik aus. Selbst ein Kult-Schnellimbiss in Speyer verpackt seine Ware schon lange nur noch in Papier.

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 24 Gemeindeordnung (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. 1994, S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBl. S. 448) beschließt der Stadtrat der Stadt Speyer einstimmig folgende Satzung:

Die Wochenmarktsatzung der Stadt Speyer vom 22.02.2019 wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender § 9 neu eingefügt:
„Zur Vermeidung von Plastikmüll wird die Abgabe von Plastiktüten im Bereich Obst und Gemüse untersagt.“
2. Der bisherige § 9 wird zu § 10.
Die Nummerierung aller folgenden §§ ändert sich entsprechend.
3. § 17 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
Nr. 9. entgegen § 9 Plastiktüten abgibt,
Nr. 10. gegen den Zutritt nach § 10,
Nr. 11. das Verhalten auf dem Wochenmarkt nach § 11.
4. Inkrafttreten:
Die Änderung tritt zum 01.01.2020 in Kraft.
Zum Aufbrauchen von vorhandenen Restbeständen gilt für § 9 und § 17 Abs. 1 Nr. 9
danach eine Übergangsfrist von 3 Monaten.

Gegenstand: Neuorganisation der Stadtverwaltung - Information
[Vorlage: 0161/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende gibt eine kurze Darstellung der Entwicklung zur Neustrukturierung der Verwaltung, wie im Organigramm dargestellt. Mit der Belegschaft wurde dies in einer außerordentlichen Mitarbeiterversammlung bereits erörtert. Die Verteilung der Geschäftsbereiche wird dem Ältestenrat zur Vorberatung vorgeschlagen. Ihre Leitungsziele für 2020 sind Bürgerfreundlichkeit, Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Überarbeitung des Führungsleitbildes.

Aus Sicht von Herrn Ableiter erscheinen die Zuschnitte sinnvoll. Er hinterfragt die Mitwirkungsrechte des Rates diesbezüglich. Die Vorsitzende erläutert, dass die Verwaltungsstruktur (ohne Geschäftsbereiche) OB-Sache und Geschäft der laufenden Verwaltung sei. Die Zuteilung der Geschäftsbereiche auf politische Dezernenten hingegen ist zustimmungspflichtig durch den Rat.

Herr Dr. Wilke bedankt sich für die Information über die Verwaltung und zollt dem Prozess Respekt. Allerdings fragt er nach, wie sich Stabsstellenabbau und die Überleitung der Feuerwehr und der Marktmeisterei als Stabsstellen damit vertragen. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es derzeit sehr große Stabsstellen mit Kultur, Marketing und Kommunikation (010), Schule und Sport (070) sowie den Weiterbildungseinrichtungen (080) gibt, die in Fachbereichsstrukturen zurückgeführt werden. Die Freiwillige Wehr untersteht direkt dem/der OB während die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen dem FB 2 und damit dem/der Ordnungsdezernenten/in zugeordnet sind. Die neue Struktur erlaube eine Zusammenführung von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen Feuerwehrleuten. Die Zusammenlegung von Wirtschaftsförderung und Marketing/Veranstaltungen erfolgt ebenfalls sinnvollerweise als Stabsstelle.

Frau Dr. Mang-Schäfer beglückwünscht zum Organigramm. Sie fragt nach den Unterschieden zwischen Bürgerservice (010) und Bürgerdiensten (230). Dahinter verbergen sich laut Vorsitzender die Bürgerbüros im FB 2. Das bisherige Beschwerdemanagement wird ins Büro OB als Bürgerservice genommen. Weiterhin ist das Führungsleitbild aus Sicht der SWG recht alt. Die Vorsitzende kündigt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erneuerung an.

Frau Münch-Weinmann hinterfragt die Integration des Controlling als Querschnittsaufgabe in den Fachbereich 1 und dessen Zuständigkeit für die ganze Verwaltung. Die Kämmerei ist nach Darstellung der Vorsitzenden ebenso wie die Personalverwaltung ein Querschnittsdienstleister über alle Bereiche. Dort angesiedelt ist auch die Arbeitsgruppe strategische Steuerung. Es soll eine stärkere Verknüpfung Finanzen-Controlling geben.

Herr Brandenburger begrüßt für die SPD die Entwicklung der Verwaltung aus ihrem eigenen Prozess heraus. Das neue Organigramm korrigiert eine Reihe von Erfahrungen aus früheren Jahren, was sich organisatorisch nicht bewährt hat.

Der Stadtrat nimmt die Organisationsstruktur ab 01.01.2020 zur Kenntnis.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Umbesetzungswünsche liegen nicht vor.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
[Vorlage: 0160/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Verschiedenes

Herr Schneider bezeichnet die Veröffentlichung der verantwortlichen Initiatoren im Internet zu der in der letzten Sitzung durchgereichten so genannten Antidiskriminierungsagenda als irreführende Mogelpackung.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12.1

Gegenstand: Beförderung von Beamt/innen

Beschluss:

Auf Empfehlung des Personalausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: Feiniler – SPD):

Der Beförderung ab 01.12.2019 wird zugestimmt.

5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.11.2019



5. Sitzung des Stadtrates 14.11.2019 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Serendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!